

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Bauernverband e.V.
Claire-Waldoff-Str. 7
10117 Berlin

Fragenkatalog zum Agri-Meter zur Bundestagswahl 2013

1. GAP: Direktzahlungen

Die EU-Direktzahlungen bleiben für die Sicherung einer zukunftsfähigen Landwirtschaft wichtig. Sie müssen deshalb erhalten bleiben.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE möchte die Direktzahlungen an konkrete gesellschaftliche Leistungen, wie beispielsweise den Erhalt fair bezahlter Arbeitsplätze, die Pflege der Kulturlandschaft oder den Schutz der biologischen Vielfalt, binden. Dann haben sie auch eine Zukunft und sind auch über das Jahr 2020 hinaus legitimierbar.

2. GAP: Modulation

Eine Umschichtung der EU-Agrarförderung von der 1. in die 2. Säule für die ländliche Entwicklung ist sinnvoll.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE hat sich im Zuge der GAP-Reform für eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung beider Säulen ausgesprochen, ohne sie gegeneinander auszuspielen. In Säule II soll sich auf die Förderung der ländlichen Räume und Agrarumweltmaßnahmen konzentriert und die Investitionsförderung an Verbesserungen der Tiergesundheit bzw. der Arbeitsbedingungen gebunden werden.

3. GAP: Greening

Das „Greening“ in der neuen EU-Agrarreform muss flexibel ausgestaltet sein und auf Freiwilligkeit beruhen.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE hat sich bei der GAP-Reform für das Greening ausgesprochen. Es soll flexibel ausgestaltet werden, damit jede Region auf spezifische Probleme im Bereich des Umwelt- und

Klimaschutzes reagieren kann. Um die Wirkung der Maßnahmen zu sichern und aus Gründen der Gerechtigkeit sollen sich alle Betriebe beteiligen müssen. Vorleistungen sind dabei anzurechnen. Bei Freiwilligkeit wären die gewünschten Effekte zur Verbesserung der Agrarökosysteme nicht flächendeckend zu erreichen.

4. Agrarexporte

Die Chancen, die sich aus dem Export von Agrarprodukten ergeben, sind zu nutzen und weiter auszubauen.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE lehnt die Fixierung der deutschen und der EU-Agrarpolitik auf sozial- ökologisch problematische Agrarexporte ab. Stattdessen sollte aus sozialen und ökologischen Gründen ein Umsteuern in regionale Wertschöpfungsketten stärker in den Fokus der Politik gerückt werden.

5. Umwelt/ Naturschutz

Der Flächenverbrauch soll gemindert werden, in dem der Naturschutzausgleich verstärkt über Ersatzgeld für u.a. Entsiegelung geregelt wird.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE will landwirtschaftliche Nutzflächen besser schützen. Daher dürfen sie nicht doppelt belastet werden: Durch Flächenverbrauch infolge von Infrastrukturprojekten und den damit verbundenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Der Innenentwicklung und Entsiegelung muss mehr Aufmerksamkeit entgegen gebracht werden. Kommunale Ökokonten und bundesweit einheitliche Brachflächenkataster können dazu beitragen.

6. Energie: Netzausbau

Beim Netzausbau im Zuge der Energiewende muss eine Nachbesserung bei den Entschädigungen für Grundeigentümer und Landwirte erfolgen.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

Der Netzausbau muss auf das Ziel einer sicheren, dezentralen und 100% erneuerbaren Vollversorgung ausgerichtet werden statt auf eine zentrale Versorgung durch Kohlekraftwerke. Das reduziert den Netzausbaubedarf. Konkrete Trassenplanungen sollten land- und forstwirtschaftliche Flächen so wenig wie möglich beeinträchtigen. Notwendige Flächeninanspruchnahmen müssen angemessen entschädigt werden - ohne dabei die Ackerpreis-Treiberei weiter zu beschleunigen.

7. Energie: Biokraftstoffe

Beimischungsquoten im Biokraftstoffbereich müssen im Hinblick auf Klimaschutzziele weiter erhalten bleiben.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE hat die Beimischung schon immer abgelehnt. Beimischungsquoten stärken die Mineralölkonzerne zu Lasten klein- und mittelständischer Unternehmen im Biokraftstoffbereich. Die Quotenziele sind zudem deutlich überhöht, da nur ein Bruchteil in Deutschland und Europa nachhaltig erzeugt werden kann. Überhöhte Ziele befördern massive Importe von Agrokraftstoffen, die zu Lasten von Nahrungsmittelanbau und Naturschutzbelangen gehen.

8. Energie: Bioenergie

Biogasanlagen sollen auch künftig über das EEG gefördert werden.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE sieht in landwirtschaftliche Betriebe integrierte Biogasanlagen mit nachhaltiger Biomasseerzeugung mittelfristig als wichtigen Teil des regional erzeugten Energiemixes. Deshalb sollen sie auch künftig über das EEG gefördert werden. Voraussetzungen sind: stärkere Ausrichtung der Stromerzeugung durch Biogasanlagen am Strombedarf; gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme (KWK); keine ökologisch problematischen Fehlanreize, vielfältige Ackerkulturen, stärkere Nutzung von Reststoffen.

9. Tierhaltung

Massentierhaltung muss im Sinne des Tierwohls zurückgedrängt werden.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE sieht den Begriff „Massentierhaltung“ als zu stark vereinfacht, denn es geht um Qualität nicht nur um Quantität der Tierhaltung. Wir stehen für eine tiergerechte und flächengebundene Tierhaltung als integraler Bestandteil der regionalen Landwirtschaft. Dabei spielt nicht nur die Größe der Tierhaltungsanlage, sondern vor allem die Tiergesundheit und Standortverträglichkeit eine Rolle sowie die Tierdichte im Stall und in der Region.

10. Tierhaltung: Verbandsklagerecht

Tierschutzorganisationen sollen ein Verbandsklagerecht erhalten.

- Zustimmung
 Ablehnung

Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE möchte anerkannten Tierschutzorganisationen das Recht einer Anfechtungsklage einräumen. Bislang können nur Tierhalterinnen und Tierhalter gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen klagen; hier besteht ein erhebliches Ungleichgewicht, das durch eine Verbandsklage behoben werden könnte. Wir sind der Überzeugung, dass die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung und rechtsstaatlicher Instrumente helfen, die Konflikte fair und im Interesse aller Betroffenen in der Gesellschaft zu lösen.

11. Baurecht

Die Privilegierung von landwirtschaftlichen Gebäuden im Außenbereich muss abgeschafft werden.

Zustimmung

Ablehnung

Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE will auch weiterhin eine Privilegierung landwirtschaftliche Anlagen im Außenbereich. Allerdings sollen diese nicht mehr so einfach gebaut werden können, wie das bis dato möglich war. Eine Änderung der Privilegierungsgründe im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung kann dazu beitragen, die immer häufiger auftretenden Konflikte regionaler landwirtschaftlicher Bauprojekte zu lösen.

12. Steuerpolitik: Vermögensteuer

Die Vermögensteuer soll wieder eingeführt werden.

Zustimmung

Ablehnung

Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE tritt für eine Vermögenssteuer ein. So sollen große Vermögen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden. Durch die Vermögenssteuer wollen wir keine Agrarbetriebe in ihrer Existenz gefährden. Hohe Freibeträge sichern ab, dass nur ein geringer Anteil großer Vermögen in die Besteuerung fällt. Vermögen wird dabei nach Abzug der darauf lastenden Schulden erfasst.

13. Steuerpolitik: Risikorücklage

Die steuerliche Risikorücklage muss eingeführt werden, um Landwirten eine bessere Absicherung gegen Preis- und Ertragsschwankungen zu ermöglichen.

Zustimmung

Ablehnung

Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE hat in der vergangenen Wahlperiode als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage gefordert und einen entsprechenden Antrag zur Abstimmung gestellt. Dieser wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die unwägbareren

Risiken werden für Landwirtinnen und Landwirte immer größer: Klimawandel, internationale Handels- und Personenströme, neue Tierseuchen oder starke Preisschwankungen.

14. Hofabgabe

Die Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte soll aufgehoben werden.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE findet die agrarstrukturelle Wirkung der Hofabgabeklausel fragwürdig. Bäuerinnen und Bauern, die das Rentenalter erreicht haben und über Jahrzehnte Beiträge in das Rentenversicherungssystem gezahlt haben, sollten den Anspruch auf die Altersrente erhalten ohne die Vorbedingung der Hofabgabe erfüllen zu müssen.

15. Sozialpolitik: Sozialversicherung

Die Eigenständigkeit des landwirtschaftlichen Sozialversicherungssystems gilt es zu bewahren.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE will unter Berücksichtigung ausreichender Übergangszeiträume das landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem in das allgemeine gesetzliche Sicherungssystem integrieren. Schon heute ist z.B. die Tragfähigkeit der Alterskasse fragwürdig geworden. Viele Landwirt_innen versuchen daher schon jetzt, aus der Versicherungspflicht heraus zu kommen.

16. Sozialpolitik: Mindestlohn

Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ist für alle Bereiche, auch in der Land- und Ernährungswirtschaft, notwendig.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE fordert die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 Euro pro Stunde, der Jahr für Jahr zumindest in dem Maße erhöht wird, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Damit gilt das naturgemäß auch und besonders für die Agrarwirtschaft, in der Lohndumping in Deutschland eine starke Konjunktur hat. In einem gerechteren Lohnsystem können die Verbraucher_innen auch faire Lebensmittelpreise zahlen.

17. GAK

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ muss zu einer Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung der ländlichen Räume weiterentwickelt werden.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE findet, dass durch eine Reform der GAK die Land- und Agrarwirtschaft in der Förderprogrammatik nicht gegen die ländlichen Räume ausgespielt werden darf. Allerdings muss die sektorale hin zu einer integrativen Förderstrategie überwunden werden. Inhaltliche Widersprüchlichkeit und Unübersichtlichkeit der GAK wird als Gemeinschaftsaufgabe ländlicher Räume nicht behoben. Eine GAK-Reform muss diskutiert werden. Z. B. fordern wir parlamentarische Mitbestimmung bei den Programmen.

18. Lebensmittelkontrolle

Im Sinne des Verbraucherschutzes muss die Herkunftskennzeichnung („Siegel“) bei Lebensmitteln weiter verstärkt werden.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

Die Erzeugungskette von Lebensmitteln muss vollständig nachvollziehbar sein. DIE LINKE schlägt deshalb einen „Reisepass für Lebensmittel“ vor. Damit werden Herkunft und Weg von Erzeugnissen erkennbar. Wir fordern eine schnelle und umfassende Information der Verbraucher_innen bei konkreten Verdachtsfällen auf Lebensmittelbetrug. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Verbraucheranfragen nach dem Verbraucherinformationsgesetz kostenfrei und ohne Widerspruch der Unternehmen erfolgen.

19. Gentechnik

Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen muss in Deutschland und Europa noch strenger reguliert werden.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir wollen ein europaweites Verbot gentechnisch verändertes Pflanzen und Tiere. So lange es noch nicht so weit ist, müssen sie so streng wie möglich reguliert werden. Das betrifft sowohl das Zulassungsverfahren, als auch Koexistenzregeln, Kennzeichnungsvorschriften und die mit der Risikotechnologie einhergehenden volkswirtschaftlichen Kosten.

20. Landbewirtschaftung

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind gleichermaßen zu unterstützen und staatlich zu fördern.

- Zustimmung
 Ablehnung
 Neutral/Keine abschließende Position

DIE LINKE steht für die Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Das bedeutet nicht, dass alles „Bio“ sein muss, sondern dass in allen Branchen so Rohstoff- und energieschonend wie möglich produziert werden soll. Gleichzeitig sind Umwelt, Boden und Klima zu schützen und regionale Kreisläufe aufzubauen. Diese Kriterien erfüllen die meisten Bio-Betriebe bereits jetzt, aber auch viele konventionelle Betriebe leisten diesbezüglich Beachtliches. Das ist weiter zu entwickeln.